

Vorlage Nr. XI 15/2025		
für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Sachstandsbericht – Themen mit Bezug zur Integrierten Regionalleitstelle Unterwese-Elbe (IRLS)

A Problem

In vorangegangenen Vorlagen (zuletzt XI 11/2025) wurde über verschiedene Sachverhalte berichtet, die im Zusammenhang mit der Integrierten Regionalleitstelle Unterwese-Elbe (IRLS) bearbeitet werden und die Informationscharakter aufweisen. Es wurde zugesagt, fortlaufend über diese Themen zu berichten.

B Lösung

Sachstand „Entwicklung Einsatzzahlen und Umsetzung Gutachten“

Die aus dem Gutachten resultierenden und im Stellenplan hinterlegten Personalbedarfe für die Integrierte Regionalleitstelle können weiterhin nicht gedeckt werden. Im zurückliegenden Berichtszeitraum wurden zwei Einstellungsverfahren durchgeführt, um Beschäftigte für die Notfalldisposition und für die Krankentransportkoordination zu akquirieren.

Nicht besetzte Stellen werden weiterhin durch Vertretungen aus dem Brandschutzdienst und durch angeordnete Mehrarbeit vom vorhandenen Leitstellenpersonal kompensiert. Ist wird davon ausgegangen, dass diese Maßnahme noch mindestens für das erste Halbjahr 2026 fortgeführt werden muss.

Sachstand „Projekt Telenotfallmedizin/Telenotarzt“

Am 20.10.2025 teilte das Niedersächsische Ministerium für Inneres, Sport und Digitalisierung der Feuerwehr mit, dass die IRLS zunächst nicht als niedersächsischer Telenotarztstandort (TNA-Standort) berücksichtigt wird. Zur Abklärung einer Anbindung über die Stadt Bremen (Feuer- und Rettungsleitstelle der Feuerwehr Bremen) steht die Feuerwehr und Senator für Inneres und Sport (Ref. 34) weiterhin in Kontakt.

Sachstand „Projekt A-KTW“

Kein neuer Sachstand zur Vorlage XI 11/2025.

Sachstand „Ersatzbeschaffung Funk- und Notrufabfragetechnik – neues Kommunikations-Management-System (KMS)“

Das neue Kommunikations-Management-System (KMS) wurden in der KW 41 im laufenden Betrieb der IRLS in Betrieb genommen (hier die ersten acht Arbeitsplätze). Zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Vorlage finden umfangreiche Bau- und Sanierungsmaßnahmen im Hauptraum der IRLS statt. Die Notfalldisposition sowie die Krankentransportkoordination erfolgt während der Baumaßnahmen in anderen Räumlichkeiten der IRLS und der Feuerwehr. Es ist geplant, dass die Baumaßnahmen in der KW 45 abgeschlossen werden und ein Umzug zurück in den Hauptraum in der KW 46 erfolgt. Die Projektumsetzung erfolgt zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Vorlage weiterhin planmäßig.

Im Rahmen der Erneuerung des KMS wurden verschiedene notwendige IT-sicherheitsrelevante Maßnahmen umgesetzt. Weitere Maßnahmen im Sinne IT-Sicherheit werden in den folgenden Monaten und Jahren umgesetzt, um die Resilienzfähigkeit der IRLS als Kritische Infrastruktur (KRITIS) weiter zu härten.

Sachstand „Standardisierte Notrufabfrage (SNA)“

Zum Zeitpunkt der Erstellung der ist die Frist des Teilnahmewettbewerbs abgelaufen. Es liegen Bewerbungen von zwei Unternehmen vor. Eines der beiden Unternehmen hat darüber hinaus über eine anwaltschaftliche Vertretung eine Rüge ausgesprochen. Die Rüge zielt unter anderem auf eine nicht produktneutrale Ausschreibung bzw. fehlende Sachgründe für geforderte Funktionen ab. Aktuell wird dieser Vorwurf mit Unterstützung der in dem Vergabeverfahren involvierten Kanzlei CASTRINGIUS und dem beauftragten Fachplaner der Fa. AntwortING bearbeitet. Ziel ist es, die Rüge zu widerlegen, um ein angedrohtes Verfahren vor der Vergabekammer abzuweisen und einen möglichen Zeitverzug der Vergabe zu verhindern.

C Alternativen

Keine, die empfohlen werden kann.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Die finanziellen Auswirkungen der gutachterlichen Personalbemessung, der Beschaffung des KMS und der Einführung des A-KTW sind im laufenden Haushalt und im Wirtschaftsplan des Wirtschaftsbetriebes hinterlegt.

Mit dem Wechsel von einer derzeit in der IRLS genutzten „Strukturierten Notrufabfrage“ zu einer „Standardisierten Notrufabfrage“ ergeben sich finanzielle Auswirkungen. Konkrete Aussagen können noch nicht getroffen werden. Die Kosten werden über den Wirtschaftsbetrieb Rettungsdienst abgerechnet und im Weiteren von den Kostenträgern sowie anteilig von den drei Gebietskörperschaften getragen.

Es ergeben sich gegenwärtig keine Anhaltspunkte für klimaschutzzielrelevante Auswirkungen. Eine Genderrelevanz besteht nicht. Besondere Belange von Kindern- und Jugendlichen, von ausländischen Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderung oder des Sports sind nicht betroffen. Eine besondere örtliche Betroffenheit eines Stadtteils kann nicht festgestellt werden.

E Beteiligung/Abstimmung

Keine.

F Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem BremIFG

Gegen eine Veröffentlichung nach dem BremIFG bestehen keine Bedenken.

G Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstand zur Kenntnis.

Skusa
Stadtrat